

Loyalitäten (z.B. in Opferfamilien) zusammenhängen. Ihr kommt eine zentrale Bedeutung zu.

Der Unterschied zwischen der Entwicklung unter demokratisch-pluralistischen einerseits und unter diktatorischen Bedingungen andererseits ist vor allem auf den öffentlichen Ebenen (Makro, Meso) erkennbar. Die individuelle Erinnerung (Familien) wird vom institutionellen Rahmen nur indirekt beeinflusst, sie hängt vorrangig vom Kommunikationsstil in der Familie ab, der die Individuen für die Demokratisierung der öffentlichen Erinnerung öffnet oder diese gar nicht in die persönliche Sphäre eindringen lässt. Im öffentlichen Raum dagegen ist es die durch plurale Institutionen ermöglichte Gegenüberstellung unterschiedlicher Erinnerungen, die als wesentlicher Motor einer Demokratisierung der politischen Identität wirkt. Sie fordert die offiziellen Repräsentanten der Gesellschaft dazu heraus, einen gemeinsamen Maßstab für die Würdigung der unterschiedlichen Erinnerungen zu formulieren.

Allerdings vollzieht sich diese Dynamik nicht »automatisch«, sondern in Abhängigkeit von individuellen Initiativen auf allen Ebenen (insbesondere auf den beiden öffentlichen) und von der Einstellung der Repräsentanten. Deshalb verläuft sie auch nicht geradlinig oder notwendig in einer Richtung, sondern mit Rückschritten und Umwegen, und sie ist durchaus umkehrbar, zumal die öffentliche Demokratisierung die privaten Individuen nur in sehr unterschiedlichem Grade erreicht. Wenn trotzdem von einer Demokratisierung politischer Identität die Rede sein kann, dann in dem Sinne, dass sich in der Öffentlichkeit das Gewicht der demokratischen Interpretationen verstärkt. Dennoch: Sie bleibt eine dauernde Aufgabe.



Gesine Schwan (*1943)
ist Präsidentin der EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA in Frankfurt/Oder und Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen.
president@eu-frankfurt-o.de

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Vergesst Ségolène nicht ...

Ein seltsamer Herbst in Frankreich, milde Licht über den Horizonten, deren Konturen sich in den ersten Nebeln verlieren, im Süden nach einem brandtrockenen Sommer die Hoffnung auf einen kräftigen Wein. Das Land nimmt – wie üblich – die Pariser Erregungen gleichmütig (in Wahrheit eher gleichgültig) hin, auch den täglichen Tornado, der den neugekrönten Präsidenten dahin und dorthin wirbelt, von nervösen Energien getrieben, die eine Mehrheit der Bürger bestaunt, während eine schlechtgelaunte

Minderheit von »Neo-Bonapartismus« und »cäsaristischem Fieber« zu murmeln beginnt.

Das römische Signalwort entspricht einer überraschenden Renaissance antiker Begriffe. Noch vor den Wahlen trat eine Gruppe – zunächst anonymer – Sozialisten auf den Plan, die sich »Die Gracchen« nennen, aus nicht ganz ersichtlichen Gründen, denn es ist weder auf den ersten, noch auf den zweiten Blick zu erkennen, was das Bekenntnis dieses »Kollektivs der Köpfe« zu einer modernen Sozial-

demokratie und einer linksliberalen Mitte mit den Brüdern zu schaffen hat, die im zweiten Jahrhundert vor Christus die Ackerbürger der Republik durch ihre Agrarreformen gegen die Oligarchie zu mobilisieren versuchten, wobei vor allem Tiberius Sempronius nicht zögerte, Grundregeln der Regierung außer Kraft zu setzen, mit geringem Glück.

Aber vielleicht erklärt sich die mysteriöse Namensgebung auf harmlos-heitere Weise: nämlich durch die (inzwischen bekannt gewordene) Mitgliedschaft des spanisch-französischen Schriftstellers (und einstigen Kulturministers in Madrid) Jorge Semprún (gleich Sempronius)? Wie auch immer: Neben den »Gracchen« rührte sich eine zweite Vereinigung »hoher Funktionäre« (wie es geheimnisvoll hieß) um den liberalen, von Hause aus christdemokratischen Ex-Kandidaten François Bayrou, die sich »Spartacus« nennt, ob schon wiederum nicht auf der Hand liegt, was die zentristischen Beamten mit dem Sklavenführer zu schaffen haben, der die Elite Roms mit seiner Rebellenarmee das Fürchten lehrte, ehe sein Tod auf dem Schlachtfeld den Siegern die grausamste Rache erlaubte: Man sprach von sechstausend Gefangenen aus seiner Heerschar, die an der Via Appia gekreuzigt wurden. Nicht die geringste Verwandtschaft des liberalen Kreises, versteht sich, mit den deutschen Spartakisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Schließlich mischte sich eine Gruppe namens »Hannibal« in die Debatte: Freunde der Ségolène Royal, die ihre schöne Heldin im Zeichen des karthagischen Feldherrn, der einst, wie man weiß, mit einer Horde afrikanischer Dickhäuter über die Alpen marschierte, ironisch vor den Attacken der »Elefanten« zu schützen versuchen: jener sozialistischen Clan-Chefs, die nur zu gern die geschlagene Kandidatin in Grund und Boden trampeln würden, um ihren Anspruch auf die Parteiführung zu vernichten.

Ein wahrhaft verwirrende Bild

Eine konfuse Konkurrenz der Symbole und Legenden und ein wahrhaft verwirrendes Bild: die Bürger lässt es kalt – oder, sofern sie linken Neigungen getreu sind, widert sie die Flut des Hasses an, von der die formidable Genossin überschwemmt wird. Die »Elefanten« scheinen ihr nicht verzeihen zu können, dass sie die Majorität der Parteimitglieder gegen ihre ausgefuchsten Manöver für ihre Kandidatur zu gewinnen verstand – und dass sie ihren Wahlkampf mit unkonventionellen, undogmatischen, unorthodoxen Argumenten geführt hat. Sie war klug genug, auf einen Sitz in der Nationalversammlung zu verzichten und sich – zunächst – auf die Präsidentschaft der Region Poitou-Charentes zurückzuziehen, in der sie Königin ist. Zweifellos suchte sie auch die räumliche Distanz zu François Hollande, dem Partner langer Jahrzehnte und Vater ihrer vier Kinder (das letzte brachte sie, gewissermaßen zwischen zwei Sitzungsterminen, als Schulministerin zur Welt). Sie legt, nach der offiziellen Trennung, die erst am Ende der Wahlen bekannt gemacht wurde, nicht zu großen Wert darauf, dem Parteichef samt seiner neuen Gefährtin in Paris jeden Tag über den Weg zu laufen.

Die bösesten Hiebe sausten vom Ex-Premierminister Lionel Jospin auf die Konkurrentin herab, die ihm nach seinem Wahldebakel im Jahre 2002 (als er den zweiten Platz an den Rechtstribun Le Pen verlor) und seiner panischen Flucht aus der Politik jede Hoffnung zerstörte, er werde denn doch noch einmal auf den Schild gehoben. Mit einem offensichtlich hastig zusammengeschusterten und galgenbitteren Buch unter dem Titel »Impasse« (gleich »Sackgasse«) setzte sich der ergraute Parteisoldat dem Vorwurf aus, er greife Ségolène in der Manier der extremen Rechten an. Die Dame tat sich freilich keinen allzu großen Gefallen, als sie sich mit dem Hinweis wehrte, eine Frau

wie sie hätte man im Mittelalter – à la Jeanne d’Arc – auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Sie klagte über einen »Sexismus«, der »sich dem Rassismus angleicht«. Überdies zitierte sie die Bibel: »Verzeihe ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun ...«.

Sie wissen es wohl. Die Chefs der Parteilinken tragen ihr die – allzu späten und allzu vorsichtigen – Annäherungen an ein Bündnis mit François Bayrou nach, der selber, fürs Erste traurig isoliert, durchs Niemandsland zwischen der Sarkozy-Rechten und der sozialistischen Opposition hin und her stolpert, ohne den Mut zu einer klaren Orientierung. Der Ex-Premier Laurent Fabius, dem bescheinigt werden kann, dass er die Europäische Verfassung in Frankreich gemeuchelt hat,

bemüht sich, als Wortführer einer Links-Links-Allianz (die niemals mehrheitsfähig sein wird) noch immer um eine nationale Rolle. Jack Lang, auch er einer der verstörten »has beens«, grollt mit den Genossen, weil sie ihm verübeln, dass er – als Berater – so widerstandslos in den Kreis der Kleinkometen einschwebte, die den neuen Sonnenkönig umkreisen, der hellste unter den roten Sternen, Außenminister Bernard Kouchner, der sich allerdings davor hüten muss, den großen Sarko mit voreiligen Kriegsparolen überglänzen zu wollen oder, was wahrscheinlicher ist, am eigenen Glanz zu erblinden. Der einstige Wirtschaftsminister Dominique Strauss-Kahn – der einzige, der Ségolène das Wasser reichen könnte – wurde vom Staatschef durch seine Nominierung

für den International Monetary Fund als Machtfaktor aus der französischen Politik entfernt; wenn er mit seiner Bewerbung am russischen Widerstand scheitern sollte, wird seine Autorität geraume Zeit auch in der eigenen Partei geschwächt sein. Umso hektischer wird Bertrand Delanoë, der umsichtig taktierende Bürgermeister von Paris, von Ségolène Gagnereix als ein potenzieller Anwärter auf die Parteiführung umworben.

François Hollande, bis zum nächsten Parteikongress im Herbst des kommenden Jahres als Statthalter im Amt, bleibt in der kakophonischen Verwirrung nichts anderes, als beschwörend die Arme zu heben, vor Selbstgeißelungen zu warnen und die aufbrandenden Diskussionen zu beschwichtigen: keine allzu produktive Aufgabe. Für eine Entscheidung über den Europäischen Grundvertrag, der unter der Aufsicht der Kanzlerin Merkel zwischen den Regierungschefs ausgehandelt wurde, sei es noch zu früh, mahnte Hollande, und er bat um Zurückhaltung gegenüber der Expertenkommission zur Verfassungsreform unter dem Vorsitz Eduard Balladurs, die vor allem Sarkozys Wunsch nach einer Expansion der präsidentialen Präsenz genügen und ihm das Recht sichern soll, selber vor der Nationalversammlung aufzutreten – was bis jetzt dem Premierminister vorbehalten ist, dessen ohnedies fragwürdige Position durch die Allgegenwart des Staatsschefs zur armseligen Funktion des Erfüllungsgehilfen und Generalsündenbocks degradiert zu werden droht. Robert Badinter, der große Justizminister Mitterrands, will die Debatte dorthin zurücklenken, wo sie hingehört: ins Parlament.

Ein Jahr soll ins Land gehen, bis die Sozialisten auf dem nächsten Kongress über Programm und Charakter der Partei, über die neue Führung und – nach dem Willen von Mme. Royal – auch über die Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2012 entscheiden. Ein Jahr ist lang, zu

lang. Der chronische Streit zwischen den Richtungs- und Freundeskreisen der »Elefanten«, gern mit der hübschen Formel »Sensibilitäten« camouffiert, wird den Respekt vor der Opposition nicht fördern – und es brauchte ihn angesichts des Machtbewusstseins von Nicolas Sarkozy mehr denn je. Auf der sogenannten Sommeruniversität der Partei in La Rochelle erschienen nur die Ex-Kandidatin und Michel Rocard, der sich von dem Schlaganfall, den er auf einer Indien-Reise erlitt, halbwegs erholt zu haben scheint.

Mit der Verschleppung der fälligen Entschlüsse könnte sich das Manifest der »Gracchen« im Nirgendwo verlieren, die dem »Konservatismus« der Sozialisten die Idee einer modernen, einer demokratischen, sozialen und liberalen Linken entgegengesetzt: kurz, das Konzept einer Sozialdemokratie, die den Franzosen mit der Verspätung eines halben Jahrhunderts endlich ihr »Godesberg« bescheren soll. Das Manifest weist die »Demagogie eines ökonomischen Patriotismus« in aller Schärfe zurück; es will die Allzuständigkeit des Staates durch die »Zivilgesellschaft« begrenzen; es fordert die Fortsetzung des Prozesses der Dezentralisierung; es bejaht den »Multikulturalismus« (der längst eine Realität ist); es verlangt eine umweltbewusste Technologie, und vor allem wünscht es ein Europa der Bürger, in dem die »nationalen Egoisten« überwunden werden. Eine Sammlung von allzu roten – oder eher weißen oder schwarzen? – Tüchern für die Altlinken der Partei, die sich um Laurent Fabius und den einstigen Generalsekretär Henri Emmanuelli gruppieren. Die Wendung zur Sozialdemokratie, die eine Koalition mit den liberalen Zentristen vom Schlage Bayrous durchaus wünscht, könnte das Signal der Spaltung sein, und es ist nicht ausgeschlossen, dass manche der Orthodoxen längst die Formierung einer Linkspartei (unter Einschluss der dezimierten Kommunisten und der trotzkistischen

Formationen) à la Lafontaine erwägen: Dieses Risiko muss die Sozialdemokratie Frankreichs bestehen, wenn ihre Partei eine Zukunft und eine Chance zur Eroberung der Mehrheit haben will.

Unterdessen weiß man, dass sich der Kreis der »Gracchen« erweitert hat; unter anderem um Michel Rocard, den erfolgreichsten unter den Ministerpräsidenten Mitterrands (und Hauptwidersacher des Chamäleons im Elysée). Auch François Chérèque, Generalsekretär der Gewerkschaft CFDT, die stets ein Muster der Modernität und Rationalität war, zählt zu den Reformern, die intensive Gespräche mit Walter Veltroni, dem Bürgermeister von Rom, und mit den einstigen Blair-

Beratern Anthony Giddens und Peter Mandelson führten. Von Kontakten zur deutschen Sozialdemokratie hörte man nichts. Es ist zu hoffen, dass man im Willy-Brandt-Haus zur Solidarität mit den französischen Reformern bereit ist – und Ségolène Royal wissen lässt, dass sie auch unter den deutschen Genossen auf zuverlässige Freunde zählen kann, denn noch ist niemand sichtbar, der den Führungsanspruch dieser grundgescheiten und weiß der Himmel willensstarken und zähen Frau brechen könnte. Präsidenten sind oft genug die Geschöpfe bitterer Niederlagen. Sie hat überdies ein Talent, über das keiner ihrer Konkurrenten verfügt: Charisma.

Christa Hategan

Konturen der Geschäftsinteressen

Wahlumfragen, Einflussnahmen und Wahlabsichten

Die Hamburger Wahlforscherin wendet sich gegen die gängige These eines unmittelbaren Einflusses der Demoskopie auf die Entscheidung der Bürger am Wahltag. Mit Wahlabsichten sei erst kurz vor der Bundestagswahl 2009 zu rechnen, wenn nicht sogar am Wahltag selber. Die Autorin nennt Beispiele einer gescheiterten Einflussnahme von Wahlumfragen auf die Wahlentscheidung. Nur eines scheint sicher: Mit dem Thema Steuererhöhung hat noch keine Partei gepunktet.

In der Mitte der Legislaturperiode der Großen Koalition sind auch kaum signifikante Veränderungen der Wahlabsichten zu erwarten. Damit ist erst kurz vor der Bundestagswahl 2009 zu rechnen. Wie INFRA TEST DIMAP feststellte, trifft rund die Hälfte der Wähler ihre Entscheidung wenige Tage vor dem Wahltermin, wenn nicht am Wahltag selber.

Wahlumfragen beachten nur diejenigen Leser, Hörer, Zuschauer und Internetbenutzer, die ein persönliches oder berufliches Interesse daran haben. Die selektive Wahrnehmung gilt für Umfragen wie für alle anderen Inhalte der Massen-

publizistik. Aber ein Einfluss auf die persönliche Wahlentscheidung ist kaum nachzuweisen. Es wird auch selten danach gefragt.

Eine Ausnahme machte im Februar 2007 das IFOP INSTITUT in Paris anlässlich der anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und fragte nach einer Einordnung von »sehr stark« bis »sehr schwach«. Nur drei Prozent der Wähler gaben einen »sehr starken« Einfluss an. Damit bestätigten sie drei Jahre später die bekannte PSEPHOS-Umfrage für das HAMBURGER ABENDBLATT kurz vor der Bürgerschaftswahl 2004: »Für 73 Prozent spielen